



Sozialversicherung steht vor Umbau

ÖVP und FPÖ wollen die Kassen umbauen. Vor allem die Unfallversicherung soll 500 Mio. Euro einsparen. Wie, ist offen.

••• Von Martin Rümmele

Für die Regierung ist klar: die Sozialversicherungen sind teuer und ineffizient. Ihre Reform soll ein Leuchtturmprojekt von ÖVP und FPÖ werden. Doch bei genauer Betrachtung zeigt sich: Schwarz-Blau griff bereits in den Nuller-Jahren nach den Kassen und übernahm die Führung im Hauptverband der Sozialversicherungsträger, die seither von der ÖVP auch nicht mehr abgegeben worden ist. Stellvertretender Generaldirektorin damals: die aktuelle Ministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ). Ergebnis damals: ein Rekorddefizit, das die Kassen 2008 beinahe in die Knie zwang. Der damalige Hauptverbandsvorsitzende und spätere Finanzminister Hans-Jörg Schelling (ÖVP) und der da-

malige Gesundheitsminister Alois Stöger (SPÖ) einigten sich dann auf einen Sanierungskurs. Seither schreiben die Kassen unter dem Strich wieder ein Plus – und das ohne Erhöhung der Beiträge.

Neuer Versuch der Reform

Nun also greifen ÖVP und FPÖ erneut nach den Kassen; erstes

Ziel: die Unfallversicherung. Über sie will Bundeskanzler Sebastian Kurz die angekündigte Senkung der Lohnnebenkosten schaffen. Die AUVA soll 500 Mio. € einsparen, der Beitragssatz um 0,8 Prozent sinken – nicht einfach, beträgt doch der gesamte Verwaltungsaufwand der Versicherung 92 Mio. €.

Wie also kommt die Regierung auf diese astronomische Summe?

Die AUVA hat sich im Sinne einer wirtschaftlich umsichtigen Gebarung in den vergangenen Jahren Einnahmenbereiche gesucht, mit denen die Kosten für Unfallheilbehandlung in sieben Spitälern und vier Rehazentren gedeckt werden können: Unfälle, die nicht in Unternehmen entstehen, sondern im Straßenverkehr, Haushalt oder der Freizeit. Das garantiert eine Auslastung und damit die Sicherung der Spitäler für Arbeitsunfälle. Das Problem: nicht der gesamte Aufwand wird auch abgegolten. Diese Geld soll sich die AUVA nun von Ländern und anderen Kassen holen. Das taktische Fiasko der Politik: Diese Umschichtung könnten ÖVP und FPÖ einfach mit einem Gesetz lösen. Allerdings würden sie

Ausgaben der Krankenversicherung

Bereiche	Mrd. €	in Prozent
Spitäler	5,25	28
Ärzte	4,43	24
Medikamente	3,57	19
Zahnärzte	1,02	6
Krankengeld	0,72	4
Mutterschaftsleistungen	0,71	4
Verwaltungsaufwand	0,49	3
Sonstiges	2,29	12

Quelle: Hauptverband der SV-Träger